

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Essen | Kopstadtplatz 13 | 45127 Essen

Kreisverband Essen
Kopstadtplatz 13
45127 Essen

ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V.

Friedrich-Ebert-Straße 30
45127 Essen

Dr. Stefan Ossenberg
Kreisgeschäftsführer

Tel.: 0201 / 247 64 - 33
Fax: 0201 / 247 64 - 30
kreisverband@gruene-essen.de

Essen, 20. April 2022

Sehr geehrter Achim Gerhard-Kemper,

vielen Dank für Ihr Anschreiben an die Grünen Kandidatinnen der Landtagswahl 2022 NRW.

In Ihrem Brief an uns machen Sie wichtige Aussagen zur Wichtigkeit einer angemessenen Förderung der sozialen Träger, die sich in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit engagieren.

Gerade in der aktuellen Ukraine-Krise sehen wir wieder einmal, dass es die vielen Engagierten vor Ort sind, die das Versorgungs- und Betreuungssystem am Laufen halten. Im Sinne der Subsidiarität und aufgrund der breiten und langjährigen Expertise erachten wir es als besonders wichtig, soziale Träger bei Entscheidungen zur Weiterentwicklung der Flüchtlings- und Integrationspolitik möglichst frühzeitig einzubeziehen.

Dazu zählt auch das von Ihnen genannte zentrale Programm. „Soziale Beratung für Geflüchtete“ ist schon lange eine wichtige und tragende Säule in der Begleitung von Geflüchteten in den Kommunen und insbesondere auch in den Landeseinrichtungen. Als die Landesregierung sich 2021 dazu entschied, die Förderrichtlinien zu novellieren, ohne die Sozialen Träger in den Entscheidungsprozess mit einzubeziehen, stellten wir uns entschieden auf die Seite der sozialen Akteure. Auch im Rahmen der Etablierung des Kommunalen Integrationsmanagements wurden nach unserer Auffassung die sozialen Akteure zu spät einbezogen.

Im Falle einer Regierungsverantwortung werden wir die Förderbestimmungen von Ehrenamtlichen und sozialen Akteuren hinsichtlich der Möglichkeiten einer Weiterentwicklung überprüfen. Es darf nicht sein, dass das Risiko von Qualitätseinbußen in Kauf genommen wird, weil die landesseitige Unterstützung nicht den Bedarfen der sozialen Träger gerecht wird.

Wir begrüßen daher besonders, dass auch die neue Bundesregierung die wichtige Rolle von

sozialen Trägern erkannt hat. Dies drückt sich bspw. im Rahmen des Partizipationsgesetzes aus (Koa-Vertrag S. 118), der bundesweiten (finanziellen) Stärkung von Antidiskriminierungsstellen (S. 120f.) sowie mit der bundesweiten Einführung einer unabhängigen Asylverfahrensberatung (S. 140) aus, bei der die seit Jahren bestehende Förderrichtlinie „Soziale Beratung in NRW“ Vorbildcharakter hat. Diese Bestrebungen werden wir landesseitig weiter unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Gönül Eglence, Inga Sponheuer, Markus Spitzer-Pachel und Mehrdad Mostofizadeh MdL